

Eröffnungssitzung des DKV am 23. November 2006 in Dresden

Der Klimawandel im politischen Entscheidungsprozess

Holger Krahmer MdEP, Leipzig und Brüssel

Der nachfolgend hier wiedergegebene Vortrag, der auf der Deutschen Kälte-Klima-Tagung 2006 im Internationalen Congresszentrum Dresden vor einem Auditorium von mehr als 400 Personen gehalten wurde, hatte eine unterschiedliche Resonanz von Zustimmung und Ablehnung zur Folge. Deshalb hier der gesamten KK-Leserschaft zur Kenntnis und eigener Beurteilung.

Eine Einführung

„Nichts Genaues weiß man nicht.“ Dieses alte Sprichwort passt wunderbar zur Debatte über den Klimawandel. Über die Ursachen und die Folgen des Klimawandels sowie über die Möglichkeiten zu handeln wird in Politik und Öffentlichkeit heftig gestritten. Für die einen ist der Klimawandel die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts, für die anderen ist die Debatte um den Klimawandel eine Modeerscheinung, die sich wie einst die Diskussion um die Atomkraft oder das Ozonloch enormer politischer Konjunktur erfreut. Die Debatte um den Klimawandel ist das Thema der politischen Saison. Sie ist geprägt von zugespitzten Argumenten. Unter dem Titel „Stoppt den Klimawandel!“ werden inzwischen Malwettbewerbe veranstaltet. Da bekommen Kinder im Vorschulalter mit tiefenpsychologischer Wirkung vermittelt, man könne den Klimawandel stoppen. An diesem Punkt ist für mich die Grenze zur Volksverdummung überschritten. Ich möchte deshalb die Gelegenheit dieses Vortrags nutzen, einen pragmatischen Beitrag zur Klimadebatte zu leisten.

Die Debatte über die Ursachen des Klimawandels

Fest steht, die Temperaturen auf dem Planeten Erde steigen an. Über die Ursachen und das Ausmaß der globalen Erwärmung, ob und in welchem Umfang der Mensch dazu einen Beitrag leistet, wird nicht nur an Stammtischen viel gestritten. Dazu gibt es auch keinen Konsens in der Wissenschaft. Ich möchte zunächst die verschiedenen Thesen mit Ihnen diskutieren:

These 1 „Die globale Erwärmung beruht auf natürlichen Ursachen.“

Die Verfechter dieser These gehen davon aus, dass die Erwärmung des Planeten auf natürliche Ursachen zurückzuführen ist, zyklisch erfolgt und letztlich vom Menschen nicht beeinflussbar ist. Natürliche Ursachen können sowohl interne Klimaschwankungen auf dem Planeten sein, bedingt z.B. durch die Zirkulation der Ozeane, als auch externe Faktoren, wie die Strahlung der Sonne.

These 2 „Die globale Erwärmung wird vom Menschen verursacht.“

Besonders von der grünen Seite wird gerne behauptet: Der Klimawandel ist hausgemacht. Hier gilt: Die vom Menschen verursachten Treibhausgase – insbesondere Kohlendioxid (CO₂) – sind für den Anstieg der Temperaturen verantwortlich. Darüber hinaus tragen die Abholzung der Wälder und andere menschliche Aktivitäten zusätzlich zur Erderwärmung bei. Wer die These vertritt, dass der Mensch allein für den Klimawandel verantwortlich ist, der wird natürlich auch behaupten können, dass gegen den Klimawandel erfolgreich angegangen werden kann.

Hier sei ein kurzer Ausflug zu den Veröffentlichungen des IPCC-Panels (Intergovernmental Panel on Climate Change/IPCC) erlaubt. Denn das IPCC folgt genau dieser These und führt den gesamten Temperaturanstieg von 0,6 Grad im 20. Jahr-

zum Autor

Holger Krahmer, Leipzig, Mitglied des Europäischen Parlaments (ALDE-Gruppe), Brüssel, dort Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit



hundert ausschließlich auf anthropogene Ursachen zurück. Für das laufende Jahrhundert wird dieses Szenario fortgeschrieben – unter Annahme eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums zwischen 2,2 und 3 Prozent pro Jahr über das ganze Jahrhundert hinweg. Das mag wünschenswert und auch nicht unmöglich sein, ist aber doch reichlich optimistisch. Auch an anderer Stelle hinterlässt das IPCC-Modell dem kritischen Leser Fragwürdiges: In den vergangenen dreißig Jahren hat die Energieintensität des Wirtschaftswachstums durch Effizienzsteigerungen stetig abgenommen. Die CO₂-Emissionen wuchsen nur halb so schnell, wie die Wirtschaft insgesamt wuchs. Die IPCC-Projektionen nehmen an, dass sich diese Entwicklung in Kürze abrupt umkehren wird. Hier deutet sich ein systematischer Fehler an, der vermutlich passiert, wenn Naturwissenschaftler versuchen auf Fragen zu antworten, die an Wirtschaftswissenschaftler gerichtet sind.

These 3 „Die globale Erwärmung beruht auf natürlichen Ursachen, wird jedoch durch anthropogene Faktoren beschleunigt.“

Hier finden wir die Synthese, die vielfach vertreten wird: Einerseits erkennen wir an,

dass Klimaschwankungen zyklisch erfolgen und dass wir uns allem Anschein nach in einer Phase globaler Erwärmung befinden. Der rapide Anstieg seit Mitte der 70er Jahre, die Rekordtemperaturen und Prognosen für die nächsten Jahrzehnte lassen sich jedoch nur durch den zusätzlichen anthropogenen Faktor erklären. Der Mensch leistet demnach einen Beitrag zum Klimawandel: Die globale Erwärmung wird durch steigende Kohlendioxid-Emissionen – die auf die fortschreitende Industrialisierung und den weltweit wachsenden Energieverbrauch zurückzuführen sind – nicht etwa verursacht, aber doch beschleunigt.

Ich möchte an dieser Stelle vorsichtig sein und nicht behaupten, dass diese These einzig und allein die Wahrheit gepachtet hat. Aber vielleicht kommt sie der Wirklichkeit am nächsten. Ich bin überzeugt davon, dass wir in Zukunft mehr über die Ursachen des Klimawandels wissen werden. Und ich bin auch davon überzeugt, dass über das eine oder andere, das so mancher Klimaexperte heute zum Besten gibt, in einigen Jahren verlegen gelächelt wird. Überhaupt gibt mir die ständig wiederholte These vom wissenschaftlichen Konsens zu denken. „Es gibt keine Zweifel mehr“ – das stimmt eben nicht. Es gibt viele offene Fragen. Und ich möchte daran erinnern, dass in der Geschichte der Menschheit schon öfter aus einem wissenschaftlichen Konsens ein wissenschaftlicher Nonsens wurde: Zu Galileos Zeiten gab es einen wissenschaftlichen Konsens darüber, dass die Sonne um die Erde kreist. Und am Anfang des 20. Jahrhunderts war sich die Wissenschaft darüber einig, dass asoziales Verhalten ausschließlich genetische Ursachen hat. Beides ist inzwischen unzweifelhaft widerlegt.

Folgen des Klimawandels – Szenarien und Prognosen

Wenn die Ursachen nicht vollends erforscht sind, so steht es um die Folgeabschätzungen noch schlechter. Fakten und Zahlen zu den Folgen der globalen Erwärmung sind vage und wenig belastbar.

Die **Prognosen zur Erwärmung der Erde** im 21. Jahrhundert reichen nach Expertenmeinung von **1,4 bis 5,8 Grad Celsius**. Im Vergleich dazu betrug die tatsächliche Erwärmung im 20. Jahrhundert lediglich 0,6 Grad. An einem höheren Anstieg der Temperaturen um mehr als 1 Grad bis 2100 gibt es jedoch wenig Zweifel. Wie hoch der Temperaturanstieg tatsächlich sein wird,

lässt sich von keinem seriösen Wissenschaftler verlässlich voraussagen. Die Ursachen für den Klimawandel sind schließlich multikausal und höchst komplex. Ein Temperaturanstieg von +/- 2 Grad, scheint jedoch für viele Experten realistisch und für einige sogar unvermeidbar.

Lassen Sie mich kurz die Szenarien zusammenfassen:

Szenario 1: Ein Anstieg der Temperaturen um bis zu 2 Grad würde relativ wenige dramatische Folgen in den meisten Regionen der Erde haben, wesentlich mehr allerdings in den heute schon heißen Regionen. In den gemäßigten Breiten gäbe es sogar vielfach positive Effekte, wie steigende Erträge in der Landwirtschaft. Auch werden wir wohl hier an den Elbterrassen im sächsischen Weinbaugebiet eine ergiebiger Weinproduktion erleben. In den subtropischen und tropischen Regionen, d.h. in den meisten Entwicklungsländern, wäre das Gegenteil der Fall. Mit einer Zunahme extremer Wetterphänomene müsste zwar weltweit, aber insbesondere in den Tropen gerechnet werden.

Ganz nebenbei wird wohl auch ein altes politisches Ziel erreicht, das die Partei- und Staatsführung der ehemaligen Sowjetunion in den fünfziger Jahren mit ihrem „Großen sozialistischen Plan zur Umgestaltung der Natur“ verfolgte: Die Erwärmung der Nordhalbkugel. Künstliche Atomsonnen sollten im Weltraum stationiert werden, und mittels Ausstreuen von Kohlenstaub in den Wäldern Sibiriens sollte das Sonnenlicht absorbiert werden. Aus heutiger Sicht wirken diese Pläne grotesk. Sie wurden damals auch schnell wegen sich abzeichnender Undurchführbarkeit aufgegeben. Die Sowjets haben schnell erkannt, was unsereins offenbar wieder vergessen hat: Die Natur lässt sich nicht von Menschenhand steuern. Und heute wie damals gilt: Wir wissen über die langfristigen globalen Klimaströme und deren Wirkungszusammenhänge einfach zu wenig.

Szenario 2: Ein Anstieg um deutlich mehr als 2 Grad würde dazu führen, dass auch in gemäßigten Breiten die Wasservorräte knapper, die Intensität der Dürre und extreme Hitzewellen zunehmen würden. Eine Erwärmung um 2 bis 3 Grad hätte darüber hinaus signifikante Auswirkungen auf die Biodiversität und könnte ein weltweit massives Artensterben nach sich ziehen.

Szenario 3: Ab einem Anstieg der Temperaturen um 3 Grad oder mehr würden die landwirtschaftlichen Erträge in den meisten Regionen der Welt fallen. Erst eine

Erwärmung um **4 Grad und mehr** würde wahrscheinlich katastrophale Folgen nach sich ziehen: Ein deutlicher Anstieg des Meeresspiegels, der weite Siedlungsgebiete und Städte bedrohen würde oder unberechenbare Rückwirkungen bedeutender Veränderungen durch eine Verschiebung der Klimazonen könnten die Folge eines extremen Temperaturanstiegs sein.

Aber so wie das Klima, so sind in diesem Fall auch die Folgen unberechenbar: Die globale Erwärmung könnte möglicherweise dazu führen, dass z.B. durch die Veränderung der Meeresströmungen einige Regionen wieder abkühlen.

Um die Grundlagen und Grundfragen der Debatte kommt man nicht herum, gerade dann nicht, wenn es darum geht, politische Schlussfolgerungen zu ziehen.

Das Fazit: Widersprüchliche Thesen, Ungewissheiten über die Ursachen und die Rolle des Menschen. Die Prognosen und die Szenarien für die Folgen der Erderwärmung in den kommenden Jahrzehnten liegen weit auseinander.

Handeln oder nicht handeln? – das ist die Frage

Vor dem Hintergrund der Komplexität der Ursachen und Folgen der globalen Erwärmung sowie im Hinblick auf die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten des Menschen stellt sich zunächst die Frage – unabhängig von den konkreten Optionen und Maßnahmen –, was sinnvoller und letztendlich kostengünstiger ist – zu handeln oder nicht zu handeln.

Obwohl die Mehrheit der Wissenschaftler heute anerkennt, dass der Mensch Einfluss auf das Klima hat und dass CO₂-Emissionen und andere Treibhausgase eine Rolle spielen, bleibt hingegen umstritten, wie groß der Anteil des Klimawandels ist, der auf den Menschen zurückzuführen ist. Der anthropogene Faktor lässt sich nicht quantifizieren.

Dies wäre aber von höchster Bedeutung für alle politischen Schlussfolgerungen und Empfehlungen über die Optionen des Handelns. Die Frage nach dem Anteil des Menschen an der globalen Erwärmung ist schließlich eng verknüpft mit der Frage der „Einflussmöglichkeiten“ des Menschen auf das Klima.

Theoretisch gilt ja folgende Gleichung: *Je größer (bzw. geringer) anthropogene Faktoren für die globale Erwärmung mitverantwortlich sind, desto größer (bzw. geringer) ist der menschliche Einfluss auf die Entwicklung des Klima.*

Lomborg

Bevor wir die Antwort auf die Frage „Handeln oder Nichthandeln?“ diskutieren, möchte ich die Thesen des prominenten Skeptikers Prof. Björn Lomborg vorstellen. Lomborg leugnet weder den Klimawandel noch seine möglichen Folgen. Er kritisiert aber vehement die hohen Kosten einer vermeintlichen „Bekämpfung“.

Björn Lomborgs These lässt sich wie folgt zusammenfassen: „Der Klimawandel ist nicht aufzuhalten, die Maßnahmen dagegen aber teuer. Es gibt globale Probleme in deren Bekämpfung das Geld sinnvoller investiert werden kann.“

AIDS, Naturkatastrophen, Hunger oder Klimawandel – an globalen Problemen und bedrohlichen Schreckensszenarien herrscht kein Mangel. Und niemand kann heute mit Sicherheit sagen, wie hoch die Kosten der Bekämpfung des Klimawandels bis Ende dieses Jahrhunderts ausfallen könnten, doch sie übertreffen um ein Vielfaches z. B. die für eine erfolgreiche Bekämpfung von AIDS oder für eine Beseitigung von Unterernährung und extremer Armut in den Entwicklungsländern.

Lomborg argumentiert aus der Sicht des Ökonomen: „Wir können nicht alle Übel unserer Zeit auf einmal bekämpfen. Unsere Ressourcen sind beschränkt, und wir können jeden Euro nur einmal ausgeben. Deshalb haben wir die moralische Verpflichtung, das Geld so zu investieren, dass es möglichst viel Gutes bewirkt.“ Bei der Lösung der globalen Probleme müssen Prioritäten gesetzt und diese einer Kosten-Nutzen-Kalkulation unterzogen werden. Unter den größten globalen Problemen schneidet dabei die Bekämpfung des Klimawandels nach Lomborg äußerst schlecht ab: „Selbst wenn alle Länder sich im 21. Jahrhundert Kyoto-konform verhielten, wäre die Wirkung dieser Politik kaum messbar. Die für das Jahr 2100 prognostizierte Erwärmung von zwei bis drei Grad würde eben sechs Jahre später erreicht.“

Die Kosten-Nutzen-Rechnung von Lomborg finde ich bestechend. Dass Lomborg von der grünen Seite aufs Heftigste kritisiert wurde und von einem ökologischen Endzeitpropheten schon als „der Holo-caust-Leugner des Klimawandels“ bezeichnet wurde, spricht Bände.

Stern

Lomborgs Thesen möchte ich die eines anderen Ökonomen gegenüberstellen, dessen Bericht in den vergangenen Wochen viel diskutiert und kritisiert wurde: Sir Nicholas Stern.

Sterns zentrale These lautet (Zitat) „**Es ist immer noch Zeit, die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden, wenn wir jetzt entschieden handeln. Die Vorteile eines entschiedenen und frühen Handelns überwiegen die wirtschaftlichen Kosten des Nichthandelns bei Weitem.**“

Stern hat im Auftrag des britischen Finanzministeriums eine Studie zu den Auswirkungen und Kosten des Klimawandels erarbeitet. Der im Oktober 2006 präsentierte Bericht versucht zu verdeutlichen, dass die ökonomischen Kosten des Nichthandelns in jedem Fall höher sind als die Kosten des Handelns. Die Gesamtkosten des Nichthandelns beziffern sich langfristig laut Stern auf einen Verlust von mindestens 5% (bis zu maximal 20%) des globalen Bruttoinlandsprodukts pro Jahr. Im Gegensatz dazu können die Kosten des Handelns, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden, auf ca. 1% des globalen Bruttoinlandsprodukts pro Jahr begrenzt werden.

Stern geht übrigens nicht davon aus, dass sich der Klimawandel stoppen lässt. Er spricht aber davon, dass die schlimmsten Auswirkungen (d. h. ein Temperaturanstieg um mehr als 2 Grad, der den beschriebenen Szenarien 2 und 3 entspricht) vermieden werden können. Um dies zu erreichen empfiehlt der Bericht ein entschiedenes Handeln, das mit „*erheblichen aber tragbaren Kosten für die Wirtschaft*“ verbunden ist.

Nicht ganz zu Unrecht ist der Stern-Bericht als politisch motiviert kritisiert worden. Gerade von der anderen Seite des Atlantiks gab es deswegen viel Kritik. Das Wall Street Journal sprach von einem „politischen Konstrukt“. Björn Lomborg kritisierte Sterns Berechnungen als übertrieben hoch und zum Teil widersprüchlich.

Trotz berechtigter Kritik am Bericht ist dem ehemaligen Chefökonom der Weltbank kein Ökopopulismus vorzuwerfen. Die Frankfurter Allgemeine kommentierte wie folgt: „An ernstzunehmenden Warnungen vor den milliardenschweren Folgen des Klimawandels herrscht kein Mangel“, und kam zum Schluss: „Die Welt muss handeln.“

Fazit

Damit wären wir bei der Antwort auf unsere Frage: Trotz aller Ungewissheit oder gerade aufgrund der Ungewissheit ist das Handeln dem Nichthandeln vorzuziehen. Die Fragestellung von Lomborg ist hiermit nicht entkräftet. Im Gegenteil: sie ist aktueller denn je. Wir müssen, wenn wir handeln, bei der Wahl der Instrumente und Maßnahmen in der Klimapolitik die Kosten-Nutzen-Frage vorwegstellen. Die Vorwegstellung dieser Frage – und das gilt bei umweltpolitischen Fragen immer – setzt allerdings voraus, dass man sich von emotionalen Argumenten löst.

An dieser Stelle möchte ich den Blick auf die Instrumente lenken, die wir haben: das Kyoto-Protokoll und den Emissionshandel.

Das Kyoto-Protokoll und der Emissionshandel

Im Jahr 1997 wurde in Kyoto ein internationales Abkommen zum Klimaschutz vereinbart, das erstmals verbindliche Ziele zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen festlegt. Mit dem Kyoto-Protokoll verpflichten sich die Vertragsstaaten, die Emissionen bis zum Jahre 2012 um durchschnittlich 5,2% unter das Niveau von 1990 zu senken. Das Abkommen trat im Februar 2005 in Kraft, nachdem 155 Staaten das Protokoll ratifiziert hatten. Das Kyoto-Protokoll sieht mit seinen flexiblen Mechanismen vor, dass die Vertragsstaaten ihre Verpflichtung zur Emissionsreduktion zum Teil auch im Ausland erbringen dürfen.

Kritik am Kyoto-Protokoll

Die Kyoto-Ziele können ohne die Beteiligung der USA und der großen Entwicklungs- und Schwellenländer nicht erfolgreich erfüllt werden. Die USA sind für 25%, mit Indien und China zusammen für 42% und die EU für 14% der Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Wenn nur einige Staaten verbindliche Vorgaben zur Reduzierung von Emissionen haben, führt dies zur Abwanderung von Produktionen und Arbeitsplätzen in Regionen, die weniger strengen oder keinen Beschränkungen unterliegen.

Die so genannten „flexiblen Mechanismen“ sind zu bürokratisch und sollten marktfähig und umsetzbar gemacht werden. Die Wirtschaft regt an, eine offensive Informationspolitik für interessierte Un-

ternehmen zu betreiben und Informationen zu einzelnen Ländern zur Verfügung zu stellen.

Die Treibhausgasemissionen der Industrieländer sind zwar zwischen 1990 und 2004 insgesamt um 3,3% gesunken. Dieser Rückgang ist aber ausschließlich auf einen um 36,8% geringeren Ausstoß in den mittel- und osteuropäischen Staaten zurückzuführen. Die übrigen Mitgliedsländer der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) verbuchten dagegen eine Zunahme ihrer Emissionen um 11%. Die Reduktionsziele von Kyoto sind für viele Staaten zu ambitioniert, in jedem Fall sind sie für die meisten nicht mehr einzuhalten.

Europäischer Emissionshandel (EHS)

Der europäische Emissionshandel ist das erste internationale System für den Handel mit CO₂-Emissionsrechten, welches die EU-Mitgliedstaaten unterstützen soll, die Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls zu erfüllen. Das Ziel ist, den 12000 beteiligten EU-Industrieanlagen die Erreichung der Klimaziele mit geringerem Kostenaufwand zu ermöglichen, in der Annahme, dass ohne dieses System kostspieligere Maßnahmen erforderlich wären. Die Ziele des EHS sind

1. die Reduzierung des CO₂-Ausstosses,
2. die Durchsetzung des Verursacherprinzips,
3. die Schaffung von Anreizen zur Förderung sauberer Technologien.

Kritik am europäischen Emissionshandel

Die teilweise willkürliche und nicht transparente Anwendung der Allokationsprinzipien der Emissionshandels-Richtlinie führt in Europa zu Wettbewerbsnachteilen von Mitgliedstaaten mit einer restriktiven Zuteilungspraxis gegenüber denjenigen, die großzügiger Emissionsrechte verteilen. Eine gerechte und praktikable Verteilung der Zertifikate ist nicht nur notwendig, sondern eine geradezu zwingende Voraussetzung, um das System auch nur ansatzweise effektiver zu gestalten.

Fakt ist, dass trotz Einführung des Emissionshandels einige europäische Staaten ihren CO₂-Ausstoß erhöht haben. Österreich, das als „grüner Mitgliedstaat“ gilt, hat zwischen 1990 und 2004 um 25% mehr CO₂ ausgestoßen. In Spanien sind im selben Zeitraum die Emissionen um fast 50% gestiegen. Das ist weit mehr als in den von Europäern gern stigmatisierten USA, wo

die Emissionen seit 1990 um 15% gestiegen sind. Die CO₂-Emissionen einiger Kyoto-Staaten sind also schneller gestiegen als die einiger Nicht-Kyoto-Staaten. Das Bekenntnis zum Kyoto-Protokoll mag eine positive symbolische Wirkung entfalten. Ein Beitrag zum Klimaschutz ist es aber noch lange nicht. Im Gegenteil! Angesichts dieser Entwicklung darf gefragt werden: Welchen Sinn macht eigentlich das Kyoto-Protokoll?

Der CO₂-Handel boomt: Im 1. Halbjahr 2006 wurde CO₂ in einem Wert von 12 Billionen Euro gehandelt. Dies war im Vergleich fünfmal höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Trotzdem haben sich die Preise aufgrund der großzügigen Vergabe von Zertifikaten durch die Mitgliedstaaten als unbeständig und zu niedrig erwiesen. Die großzügige Vergabe von Zertifikaten in einigen Mitgliedstaaten unterläuft das Ziel eines wirtschaftlich funktionierenden CO₂-Marktes.

Zudem stehen die einzelnen Klimaschutzinstrumente im Widerspruch zu anderen Maßnahmen (z. B. im Bereich der Luftqualitätspolitik!) und führen zu höheren Klimaschutzkosten der Industrie. Der wachsende Anteil von Diesel-PKWs auf unseren Straßen leistet einen großen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen. Reden wir allerdings über Luftqualität, stehen dieselben Fahrzeuge wegen Stickoxiden und Rußpartikeln am Pranger.

Mehr noch – das Ziel der „Förderung sauberer Technologien“ durch den Emissionshandel verfehlt, da insbesondere die Kohlekraftwerke aufgrund des hohen Gaspreises einen Aufschwung erleben. Die Zeiträume 2005–2007 und 2008–2012 sind zu kurz, insbesondere für kleinere Unternehmen, um die Kosten für CO₂ in ihren Investitionsplänen zu berücksichtigen und das EHS sieht hierzu auch keine kompensierenden Maßnahmen vor.

Alternativen zum Kyoto-Protokoll

Die Asiatisch-Pazifische Partnerschaft für saubere Entwicklung und Klima (APP) ist ein neues Instrument der internationalen Klimaschutzpolitik unter Beteiligung der USA, Australiens, Chinas, Südkoreas, Indiens und Japans. Diese Staaten verursachen fast die Hälfte der weltweiten CO₂-Emissionen.

Das Ziel der Partnerschaft ist die Förderung der Entwicklung neuer sauberer Technologien und Praktiken mittels bilateraler oder multilateraler Kooperationen.

Diese Kooperationen beruhen jedoch allein auf freiwilliger Basis und erfolgen ohne spezifische Auflagen. Die APP sieht keine quantitativen Emissionsminderungsziele vor und dient vorrangig dem allgemeinen Technologietransfer. Umweltverbände kritisieren diese Initiative. „Denen geht es nur darum, die Geschäftsmöglichkeiten zum Verkaufen ihrer Technologien in die Dritte Welt zu verbessern“, war zu lesen. Gratulation zur Erkenntnis! Genau darum geht es. Und was bitte, ist daran schlecht?

Schlussfolgerungen

Fest steht, dass die Instrumente und Maßnahmen der EU weder effizient noch kostengünstig sind. Die Tatsache, dass Europa im Alleingang handelt, ist kein positives Signal: Wir schaden im Zweifelsfall nur unserer Wirtschaft, die Auswirkungen auf den Klimawandel sind zu vernachlässigen. Wir sind mitten in der Post-Kyoto-Debatte. Hier ist es wichtig, fest mit den Füßen auf dem Boden der Realität zu stehen und zu erkennen, dass Kyoto eben nicht der erste Schritt zu einer weitergehenden (und strengeren) Nachfolgevereinbarung ist. Kyoto war eher der Letzte. Die Ergebnisse des 2005er G8-Gipfels und der Nairobi-Konferenz zeigen dies deutlich.

Welche Maßnahmen wir immer auch in Zukunft treffen, das Ziel muss es sein, den globalen Ausstoß von CO₂ zu verringern. Über alle Alternativen zum Emissionshandel und zu Kyoto sowie über kreative Lösungen wie die Abscheidung von CO₂ lohnt es sich, intensiv nachzudenken: In der Investition und Förderung von neuen Technologien, in der Energieeffizienz und in einer treibhausgasarmen Energiewirtschaft liegt der Schlüssel. Dabei muss auch in Deutschland, wenn wir die klimapolitischen Verpflichtungen ernst nehmen, über Kernkraft nachgedacht werden.

Es macht Sinn, Kohlenstoff zum Wirtschaftsgut zu erklären und mit einem Preis zu versehen. Aber alle Instrumente, die Preise für Kohlenstoff festsetzen, sind nur erfolgreich, wenn sie global implementiert werden können: Erst global macht der Emissionshandel oder auch eine CO₂-Steuer Sinn. Alles andere ist nichts anderes als teure Symbolpolitik. Der Zertifikatehandel, so organisiert wie wir das heute tun, ist nichts anderes als eine moderne Form des Ablasshandels. Wir tauschen schlechtes Gewissen gegen Zertifikate. Dem Weltklima hilft es nicht. Offenbar braucht es einen neuen Martin Luther, der erweckende Thesen für die eingeschüchterte Öffentlichkeit

an die Tempel der gesättigten Wohlstandsgesellschaft schlägt.

Schließlich wird ein Mix von Maßnahmen entscheidend sein. Auf der einen Seite werden wir weiterhin die Reduktion von CO₂-Emissionen anstreben müssen, auf der anderen Seite ist bereits jetzt eine Anpassung an die Folgen des Klimawandels erforderlich. Den nachteiligen Folgen des Klimawandels zu begegnen, ist auf jeden Fall eine sehr wirtschaftliche Strategie. Denn die meisten Probleme, die sich aus einer beschleunigten Erderwärmung ergeben, sind ja keine neuen, sondern letztlich

nur die Verschärfung bereits bestehender Probleme. Arme Länder brauchen bereits heute unsere Hilfe. Beim Küsten- und Hochwasserschutz, bei der Wasser- und Bodennutzung et cetera. Es macht also Sinn, sich mit den Folgen des Klimawandels zu beschäftigen, selbst wenn es in absehbarer Zeit zu keiner signifikanten Temperatursteigerung kommen sollte.

Ökonomische Modelle, Kosten-Nutzen-Analysen und den notwendigen Pragmatismus sollten wir für die Politik der Zukunft einer ideologisch motivierten Klimapolitik vorziehen.

Das politische Mobilisierungspotenzial der Klimapolitik ist gigantisch. „Es gibt nichts Besseres als einen guten Weltuntergang“, schrieb die Wochenzeitung „The Economist“. Endzeitszenarien hatten zu jeder Zeit Konjunktur. „Wir haben noch zehn Jahre Zeit!“ – behauptet nach einigen Milliarden Jahren Erdgeschichte und einer Million Jahren Menschheitsgeschichte ein prominenter Klimaforscher in Talkshows vor den entsetzten Gesichtern seiner Mitdiskutanten. Er übertreibt. In seinen Veröffentlichungen hat er das schon vor zwei Jahren behauptet. Wir haben also nur noch acht Jahre Zeit. ■

IKK Stuttgart/IKK Building Forum Frankfurt, Chillventa Nürnberg: Wird 2007 das Jahr zur Wahrheit?

Der erste Durchbruch gelang kurz vor Weihnachten: Per 21. 12. 2006 hatten sich 77 Unternehmen und Institutionen schriftlich als Aussteller zur Teilnahme an der Chillventa 2008 in Nürnberg angemeldet; insgesamt betrug die angemeldete Standfläche damit 10 125 m²! Einen Monat zuvor, am 21. November 2006, betrug die angemeldete Standfläche noch 6105 m²!

Wer nun meint(e), mit dem Jahreswechsel 2006/2007 tritt in der Kälte-Klima-Messe-Wettbewerbslandschaft „Ruhe“ ein, der konnte sich vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe der KK eines Besseren belehren lassen: Per 8. Januar 2007 bezog sich nämlich der Anmeldestand Chillventa 2008 auf 88 Unternehmen und Institutionen, die zusammen eine Ausstellungsfläche von derzeit 10 982 m² belegen werden! Jeder PC-Besitzer mit Internetanschluss kann unter der Adresse www.chillventa.de die jeweiligen Veränderungen im Anmeldestand verfolgen, es wird dort alles völlig offen und für jeden Kälte-Klima-Fachbetrieb transparent mit jeweiliger Namensnennung dargestellt.

Diesen Eindruck kann man auf die beiden Wettbewerbsmessen IKK Building Forum, ein Anhängsel an ISH und Aircontec, und die IKK 2008 in Stuttgart derzeit nicht übertragen.

Über das IKK Building Forum, das mit kälte- und klimatechnischen Ausstellungsschwerpunkten den Fokus auf die gesamtenergetische Betrachtungsweise des Gebäudes legen soll, gibt es derzeit überhaupt keine Informationen – obwohl ISH und Aircontec bereits vom 6.–10. März 2007 in Frankfurt stattfinden.

Wie kommt das? Zumal doch gemäß Aussagen von Messe Frankfurt und VDKF auf der internationalen IKK-Presskonferenz am 19. Oktober 2006 in Nürnberg hierfür eine Ausstellungsfläche von 800 m² in Halle 6.2 bereitgehalten wird, die es doch nun zu belegen gilt? Fakt dagegen ist, dass eine E-Mail-Anfrage der KK-Redaktion an VDKF/IKK-Projektleiter Sascha Wenzler mit dem Datum 17. 12. 2006 überhaupt (noch) nicht beantwortet wurde. Obwohl seitens der KK lediglich angefragt wurde, ob es einen Vorbericht (bei jeder Messe üblich) zum IKK Building Forum gibt, der in der Januar-Ausgabe der KK zu berücksichtigen wäre und weiterhin die klare Bekundung, die KK könne auch ihrerseits bei Faktenkenntnis helfen.

Viele Erwartungen richten sich auch auf die angestrebte Fortentwicklung der IKK 2008 in Stuttgart. Wie steht's derzeit darum, über welche Fakten gilt es zu berichten. Auch hier derzeit eine relative Fehlanzeige: Einerseits wird in der Pressemitteilung Nr. 4 der Messe Stuttgart im Dezember 2006 und unter dem Betreff „IKK 2008 auf gutem Weg“ ausgesagt, dass „schon mehr als 70 deutsche und internationale Aussteller ihre Anmeldungen bei Projektleiter Reiner Schwarz eingereicht“ haben, andererseits wird aber über Firmennamen und Nationalität auch auf Anfrage nichts ausgesagt.

Somit soll wohl das Statement von Projektleiter Reiner Schanz als ausreichend informativ gelten, wenn er so zu zitieren ist: „Wir halten nichts von aufgeregtem Aktionismus, und erst recht nicht angesichts einer so emotionalen Stimmung, wie sie derzeit in der deutschen

Kälte- und Klimabranche herrscht.“ Ist das so? „[...] und deshalb wollen wir auch diejenigen Aussteller, die der erfolgreichen Traditionsmesse IKK die Treue halten, keinerlei Druck aussetzen.“ Nun gut, für den Moment.

AREA stärkt Vorstandsbeschluss des BIV-Kälteanlagenbauers

Gegenwärtig wird versucht, eine intensive Meinungsbeeinflussung bei den organisierten Kälteanlagenbauern, das sind vor allem die zweifach organisierten Kälte-Klima-Fachbetriebe, zu betreiben. Das wäre verständlich, wenn hierbei faire Mittel eingesetzt würden. Das ist jedoch kaum der Fall:

1.) ... werden in Print- und Internetpublikationen von VDKF und IKK GmbH an den BIV-Kälteanlagenbauer gerichtete Innungsbriefe veröffentlicht, ohne dass diese zuvor als „offen“ vom Absender gekennzeichnet wurden. Ist dies in Ordnung? Oder ein Darüberhinwegsetzen über normale Gepflogenheiten? Ebenso wurde in gleicher Weise mit einem persönlichen Schreiben des VDKF-Mitglieds Gerhard Ries an Werner Rolles (Daikin) verfahren.

2.) ... wird dem VDKF-Kälte-Klima-Fachbetrieb suggeriert, dass sich die AREA einseitig für die Unterstützung der IKK ausgesprochen habe. **Das ist jedoch nicht der Fall!** Die AREA versichert ihrerseits, dass sie auch zu einem ideellen Sponsoring der Chillventa bereit ist, wenn hierum gebeten wird; siehe diese KK, Seite 4.

3.) ... wird es Zeit, dass der BIV-Kälteanlagenbauer als handwerksrechtlicher Zentralverband in eine aktive Mitgliedschaft bei der AREA eintritt: Irrt darin P. W.?